

Factsheets 2023

Inhaltsverzeichnis

Agrarpolitik	2
Altersvorsorge.....	4
Aussenpolitik	6
Bildung & Innovation	8
Bürokratie	10
Digitalisierung.....	12
Energiepolitik	14
Familien- und Gesellschaftspolitik	16
Finanz- und Steuerpolitik	18
Gesundheitspolitik	20
Infrastruktur	22
Innere Sicherheit.....	24
Migrationspolitik.....	26
Sicherheitspolitik	28
Wirtschaftspolitik.....	30

Agrarpolitik

Eine hochwertige und wettbewerbsfähige Agrarwirtschaft

Unsere Landwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag für die Versorgungssicherheit und Wirtschaft unseres Landes. Das Ziel der FDP ist die Stärkung des Wirtschaftspotentials, der Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Produktion und der Wettbewerbsfähigkeit der ganzen Lebensmittelbranche. Der Fortbestand des landwirtschaftlichen Sektors darf nicht nur auf Direktzahlungen beruhen. Diese sollen nur jene Leistungen abgelten, welche einem gesamtgesellschaftlichen Interesse dienen und zum Erhalt der Biodiversität beitragen. Die Zukunft der Landwirtschaft liegt in einer qualitativ hochstehenden Produktion in einem liberalisierten und wettbewerbsfähigen Umfeld. Dies erlaubt es den Bauern auch, ihre Einkünfte in erster Linie durch den Verkauf ihrer Produkte auf dem Markt zu erzielen.

Externe Herausforderungen

- › Klimawandel, welcher unsere natürliche Lebensgrundlage bedroht.
- › Rückgang der Biodiversität als Gefahr für das ganze Ökosystem.
- › Vermeidung von missbräuchlichem Protektionismus, der in den Markt eingreift und die Branche schwächt.
- › Vorbereitung auf die Herausforderungen einer Marktöffnung, z.B. durch den möglichen Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und der USA.
- › Eindämmung des Einkaufstourismus durch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Produkten.

Unsere Forderungen

- › Weniger Bürokratie zugunsten einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft.
- › Die Weiterverarbeitung in der Schweiz und nahe bei der Produktion muss erhalten bleiben.
- › Anreize in der Lebensmittelproduktion setzen, damit nachfragegerecht und nachhaltig produziert wird.
- › Die Risiken beim Einsatz von Dünger und Pestiziden müssen durch Technologie, Innovationen und Ausbildung reduziert werden.
- › Besonders schädliche Pflanzenschutzmittel sind gemäss dem aktuellen Erkenntnisstand der Wissenschaft zu verbieten.
- › Produkte mit Ursprungsbezeichnung oder mit gut sichtbaren Gütezeichen sollen eine Steigerung der Attraktivität von Schweizer Produkten ermöglichen.
- › Die Verschwendung von Kulturland muss vermieden und die Boden-, Luft- und Wasserqualität verbessert werden.
- › Alle Förderbeiträge, die einen schädlichen Einfluss auf das Klima und die Umwelt haben, müssen überprüft werden. Zudem sollen Direktzahlungen verstärkt auf konkrete Ziele wie die Förderung der Biodiversität und den Schutz der natürlichen Ressourcen ausgerichtet werden.
- › Eine schrittweise Öffnung des Marktes, unterstützt durch finanzielle Übergangsmassnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

- › Die Agrarpolitik darf nicht zukünftige Freihandelsabkommen blockieren, solange diese die inländische Agrarproduktion nicht benachteiligen. Gleichzeitig sind sensible Produkte nach Möglichkeit bei den Verhandlungen auszunehmen und den Schweizer Rahmenbedingungen ist Rechnung zu tragen.

Erfolge der FDP.Die Liberalen

- › Ablehnung der Volksinitiativen «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» und «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung»
- › Annahme des inoffiziellen Gegenvorschlags [19.475](#) «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren»
- › Ablehnung der Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz»
- › Bericht des Bundesrates über die Digitalisierung in der Landwirtschaft aufgrund des Postulats [19.3988](#) von Nationalrat Jacques Bourgeois und Annahme der Motion [21.3374](#) von Nationalrätin Simone de Montmollin zum Thema «Sozialversicherungsschutz für Bauernfamilien. Lage der auf dem Betrieb arbeitenden Ehepartnerinnen und Ehepartner unverzüglich verbessern»

Altersvorsorge

Für eine enkeltaugliche Altersvorsorge

Unser Drei-Säulen-System ist international einzigartig und wir können stolz darauf sein. Doch das System steht aufgrund des demografischen Wandels vor grossen Herausforderungen. Nicht zuletzt deshalb ist die Altersvorsorge denn auch eine der Hauptsorgen der Bevölkerung. Es ist die Aufgabe unserer Generation, die Altersvorsorge zu modernisieren und sie zu sichern, so dass auch künftige Generationen noch von den gleichen Vorsorgeleistungen profitieren können wie wir heute.

Externe Herausforderungen

- › Demografische Entwicklung (sinkende Geburtenrate, steigende Lebenserwartung).
- › Babyboom-Generation tritt in das Rentenalter ein.
- › Die AHV macht bis 2050 über 200 Milliarden Franken Defizit. Die Renten der Babyboomer und allen nachfolgenden Generationen sind somit nicht gesichert.

Ziele

- › Reformblockaden durchbrechen, denn der Stillstand von heute, ist der Rentenabbau von morgen.
- › Flexibles Vorsorgesystem: Starre Systeme gehören der Vergangenheit an.
- › Die Nachhaltigkeit der Finanzierung muss im Zentrum stehen. Bei der Anlagepolitik in der Altersvorsorge werden auch ökologische Nachhaltigkeitsaspekte beachtet.
- › Schrittweise Abschaffung der Quersubventionierungen von Jung zu Alt in der beruflichen Vorsorge. Für Junge soll dies ab Eintritt stattfinden.
- › Ausgewogenheit: Die Arbeit darf nicht übermässig verteuert werden. Es braucht ausgewogene Massnahmen auf der Beitrags- und der Leistungsseite. Soziale Nachhaltigkeit erfordert insbesondere auch eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Unsere Forderungen

- › Erhöhung des Rentenalters auf 66 und anschliessend Koppelung an die steigende Lebenserwartung. Es wird dabei auf die verschiedenen Arbeitsrealitäten in der 1. und 2. Säule Rücksicht genommen.
- › Abschaffung des Koordinationsabzugs in der beruflichen Vorsorge zwecks Verbesserung der Vorsorge von Teilzeiterwerbstätigen, insbesondere Frauen.
- › Einheitliche Beitragssätze für alle Generationen, um die Arbeitsmarktchancen älterer Arbeitnehmenden nicht zu untergraben. Harmonisierung der Zugangsbedingungen zu BVG und AHV
- › Entpolitisierung des Mindestumwandlungssatz oder Mindestzins, um die Umverteilung von Jung zu Alt zu stoppen.
- › Freie Wahl der Pensionskasse unter Einbezug des Arbeitgebers. Der Versicherte darf verstärkt – nämlich nicht nur über die Stiftungsräte seiner Pensionskasse, sondern auch als Einzelperson – bei der Anlagepolitik mitreden. Er ist zum Sparen gezwungen und sollte somit auch mitentscheiden können.
- › Keine neuen Umverteilungsinstrumente zulasten der Jungen.
- › Neue Wege für die 3. Säule: Im Zentrum sollen dabei nicht nur Steuervorteile stehen.

- › Einführung einer zivilstandsunabhängigen Altersvorsorge als Antwort auf die Sorgen der Frauen bzgl. Absicherung und als Antwort auf die gesellschaftlichen Entwicklungen. Das Rentensystem muss sich an der Geschlechtergleichheit und der Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensformen ausrichten.

Erfolge der FDP.Die Liberalen

- › Federführung bei der Ausarbeitung und Kampagnenlead während des Abstimmungskampfes zur Reform AHV21 (Einheitliches Referenzalter Männer/Frauen, Sicherung der AHV-Finzen bis 2030, Flexibilisierung Altersrücktritt)
- › Mit der AHV21 konnte eine 25 Jahre lang andauernde Blockadepolitik der Linken und Gewerkschaften durchbrochen werden.
- › Modernisierung der 2. Säule (BVG 21), mit der...
 - › ...Geringverdiener, Teilzeitarbeitende und Mehrfachbeschäftigte (oftmals Frauen) mehr Alterskapital aufbauen und künftig mehr Rente erhalten werden (Senkung des Koordinationsabzugs)
 - › ...die Umverteilung von mehreren Milliarden Franken jährlich zu Lasten der Jungen reduziert wird (Senkung Mindestumwandlungssatz)
 - › ... ältere Arbeitnehmende nicht mehr benachteiligt werden (Angleichung der Lohnabzüge)
- › Angenommene Vorstösse:
 - › [Motion](#) 20.4078 von NR Silberschmidt: Netto-Null-Ziel im Jahr 2050. Ein Nachhaltigkeitsziel auch für die AHV.
 - › Fraktionspostulat [21.4430](#): Auswirkungen einer zivilstandsunabhängigen Altersvorsorge?

Aussenpolitik

Mit einer klugen Aussenpolitik zu einer offenen, neutralen und unabhängigen Schweiz

Die Aussenpolitik ist Interessenpolitik zur Sicherung von Wohlstand, Unabhängigkeit, Sicherheit und Freiheit in unserem Land. Sie entfaltet sich innerhalb des völkerrechtlich anerkannten Rahmens der Neutralität. Unsere Unternehmen müssen Zugang zu neuen Märkten erhalten und ihre bestehenden Positionen festigen können. Wichtig ist zudem die Versorgung mit Rohstoffen und Energie. Zentral für unsere Arbeitsplätze ist der Zugang zum Binnenmarkt der Europäischen Union als wichtigster Kunde unserer Exportwirtschaft. Die FDP setzte sich für eine Weiterentwicklung des bilateralen Weges ein. Sie lehnt aber sowohl einen EU- oder EWR-Beitritt als auch eine Abschottungspolitik ab. Die FDP setzt sich für neue Freihandelsverträge mit Drittstaaten in aufstrebenden Wirtschaftsregionen ein. Die guten Dienste und die Vermittlerrolle der Schweiz in Konflikten müssen gewahrt und, wo notwendig, gestärkt werden.

Externe Herausforderungen

- › Ohne Weiterentwicklung mittels eines Rahmenabkommens, das die Bilateralen auf ein stabiles rechtliches Fundament stellt, erodiert der bilaterale Weg.
- › Gefährdung der Bilateralen durch innenpolitische Angriffe auf die Personenfreizügigkeit (PFZ) und Schengen. Die PFZ ist mit dem ersten Paket der Bilateralen juristisch verknüpft.
- › Gefahr für die Schweizer Wirtschaft durch internationalen Handelskonflikt und zunehmend protektionistisches Gebaren von einzelnen, aber wichtigen Handelspartnern.
- › Rauere internationale Beziehungen, hervorgerufen durch Staaten, die ihre strategischen Interessen immer härter verfolgen und oft nach dem Prinzip «Macht vor Recht» agieren; Krise des für kleine Länder wichtigen Multilateralismus (z.B. WTO).

Der bilaterale Weg ist unverzichtbar

Die FDP als Garantin des bilateralen Wegs: Die EU ist in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht unser wichtigster Partner. Auch wenn die Märkte der aufstrebenden Länder rasch an Bedeutung gewinnen, bleibt die EU unser wichtigster Handelspartner. Der bilaterale Weg ist die beste aller Lösungen für die Schweiz, um die Beziehungen zur EU aufrecht zu erhalten und weiterzuentwickeln. Er garantiert Zugang zum Binnenmarkt, schafft Rechtssicherheit, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und sichert Arbeitsplätze und Wohlstand. Die FDP will weder einen EU-Beitritt noch einen Alleingang.

Der Schweizer Wohlstand ist gefährdet: Die FDP verlangt, dass die bilateralen Abkommen gesichert und weiterentwickelt werden. Nachdem der Bundesrat die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen beendet hat, muss ein neuer Weg der Zusammenarbeit mit der EU gefunden werden. Die FDP schlägt ein neues Verhandlungspaket (Bilaterale III) vor. Die institutionellen Fragen sind mit einer themenspezifischen, sektoriellen Optik anzugehen. Bei der Streitbeilegung soll ein zweistufiges Verfahren zum Einsatz kommen.

Die FDP beabsichtigt, die Interessen der Schweiz international zu verteidigen: Die Verteidigung unserer Interessen verläuft über die Zusammenarbeit. Die Attraktivität der Schweiz als Plattform für internationale Organisationen in Genf ist zu verbessern. Unser Know-how als neutraler Vermittlerstaat muss exportiert und in internationalen Konflikten eingesetzt werden.

Unsere Forderungen

Aussenpolitik

- › Garantie einer unabhängigen Aussenpolitik, die sich an den Interessen der Schweiz orientiert und unseren Wohlstand sichert.
- › Sicherstellung der Attraktivität der Schweiz und von Genf als Sitz für internationale Organisationen.
- › Aktive Politik der Schweiz in internationalen Organisationen. Ziel: Einsitz in der G-20.
- › Stärkere geographische und thematische Fokussierung der internationalen Zusammenarbeit und strategische Verknüpfung von entwicklungs- und migrationspolitischen Zielen.
- › Verstärkung der traditionellen Vermittlerrolle der Schweiz in Konflikten im Rahmen unserer Neutralität.
- › Die Neutralitätspolitik ist ein Mittel zur Wahrung der aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz unter Einhaltung des Völkerrechts. Daraus entsteht die Verpflichtung, die Neutralität an neue Herausforderungen anzupassen.

Europapolitik

- › Weiterentwicklung des bilateralen Weges, der den Zugang zum Binnenmarkt langfristig sichert und Rechtssicherheit schafft; kein EU-Beitritt.
- › Sektorielle Optik statt ein Rahmenabkommen. Die zu regelnden institutionellen Fragen sollen in den einzelnen Abkommen differenziert verankert werden. Opting-out-Möglichkeiten oder Schutzklauseln müssen denkbar sein.
- › Wahrung der direktdemokratischen Strukturen der Schweiz. Mit der dynamischen Rechtsübernahme kennt die Schweiz bereits eine Alternative zum autonomen Modell. Wobei dynamisch nicht automatisch bedeutet. Für die dynamische Aktualisierung ist der Schweizer Gesetzgeber und – mittels des fakultativen Referendums – die Bevölkerung zuständig.
- › Zweistufige Streitbeilegung: Beratung im gemischten Ausschuss über die Differenz. Ohne Einigung ist ein paritätisches Schiedsgericht vorzusehen (zweite Phase). Dieses würde die Angemessenheit der Ausgleichsmassen prüfen. Die Guillotine-Klausel wird obsolet.
- › Verhandlungsmasse vergrössern und neues Verhandlungspaket, angereichert mit materiellen Marktzugangsabkommen schnüren (Bilaterale III). Neue Abkommen wie ein Strommarktabkommen, Finanzdienstleistungsabkommen (FDLA) und ein Gesundheitsabkommen.

Aussenwirtschaftspolitik:

- › Abhängigkeitsrisiken durch neue oder intensiviertere Kooperation reduzieren.
- › Freihandelsverträge mit den wichtigsten Handelspartnern ausserhalb Europas abschliessen sowie bestehende Abkommen aktualisieren.

Erfolge der FDP.Die Liberalen

- › Abschluss von Freihandelsabkommen mit Japan, China, Indonesien und weiteren aufstrebenden Märkten. Beginn der Verhandlungen mit Mercosur (u.a. Brasilien).
- › Verteidigung der Bilateralen vor innenpolitischen Angriffen. Abwehr von Angriffen auf die Personenfreizügigkeit, die die Bilateralen aufs Spiel setzen.
- › Sicherung der Schengen/Dublin-Assoziierung dank pragmatischer Umsetzung des Schengen-Waffenrechts und erfolgreicher Kampagne gegen das Referendum.
- › Erhalt der Verlässlichkeit der Schweiz als internationale Vertrags- und Handelspartnerin dank erfolgreicher Kampagne gegen die Selbstbestimmungsinitiative.
- › Wahl der Schweiz in den UN-Sicherheitsrat als nicht-ständiges Mitglied in der Periode 2023/2024 unter der Ägide von Bundesrat Ignazio Cassis.

Bildung & Innovation

Das beste Bildungssystem der Welt

Für FDP.Die Liberalen sind Bildung, Forschung und Innovation zentral und eng miteinander verbundene Themen. Der Erfolg der Schweiz beruht massgeblich auf einem dem Arbeitsmarkt angepassten und hervorragenden Bildungssystem. Die Innovation ist ein bedeutender Wirtschaftsmotor für unser Land. Die FDP setzt sich ein für hervorragende Rahmen- und Förderbedingungen für unsere Bildungs- und Innovationssysteme sowie den Technologietransfer und die Entstehung von innovativen Unternehmen.

Externe Herausforderungen

- › Aufrechterhalten der Personenfreizügigkeit
- › Gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung von beruflicher und akademischer Ausbildung
- › Konkurrenz aus anderen Ländern bei Lehre und in der Forschung
- › Verakademisierung vieler Berufe, welche zu einem Fachkräftemangel führt
- › Wahrung der Unabhängigkeit von Lehre und Forschung im akademischen Bereich und Sicherung von ausreichenden finanziellen Mitteln, unter anderem durch die Unterstützung von Privaten
- › Förderung der MINT-Bereiche (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) und der Ausbildung in Landessprachen, um den Anforderungen des Arbeitsmarkts gerecht zu werden
- › Erhalt des Forschungsplatzes Schweiz, unter anderem dank steuerlichen Anreizen
- › Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung eines leistungsstarken und kreativen Innovationssystems durch die Schaffung bester Rahmenbedingungen für die Forschung und Unternehmensgründung

Unsere Forderungen

Bildung:

- › Erhalt und Weiterentwicklung der hervorragenden Schweizer Bildungssysteme, sowohl auf Hochschulebene als auch bei der Berufsbildung
- › Bekämpfung der überflüssigen Verakademisierung
- › Förderung der MINT-Bereiche bei Jugendlichen und Frauen
- › Mehr Vermittlung von unternehmerischen Fähigkeiten in Ausbildungsprogrammen des Bundes
- › Unterstützung der Grund- und Weiterbildung, namentlich durch steuerliche Abzüge
- › Harmonisierung der Lehrpläne auf Schweizer Ebene (HarmoS-Konkordat)
- › Wiedereinstieg oder langfristige Lösung für den Austausch von Studierenden und Forschern – Nachfolgeprogramm von Erasmus+
- › Berufliche und akademische Bildung sind als gleichwertige Karrierewege zu behandeln.

Innovation:

- › Erhalt und Entwicklung der Rahmenbedingungen zur Begünstigung von Innovation und Unternehmertum, namentlich durch Steuererleichterungen für Investitionen.
- › Sicherung von Freiheit und Unabhängigkeit in der Forschung.
- › Aufwertung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen.

- › Besser koordinierte Zusammenarbeit zwischen KTI und SNF und Optimierung des Technologietransfers.
- › Konsolidierung des wirtschaftsnahen Schweizer Innovationsparks und die Attraktivität des Landes für Talente stärken.
- › Verbesserung der Anreizsysteme (namentlich im Steuerbereich), um die Forschung zu fördern.
- › Schaffung eines aus privaten Geldern gespeisenen Innovationsfonds.
- › Aktive und erfolgreiche Teilnahme bei Horizon 2020 und dem Nachfolgeprogramm Horizon Europe (2021-2027).
- › Stärkung der höheren Berufsbildung als starker Motor der betrieblichen Innovationen.

Erfolge der FDP.Die Liberalen

- › Starke Volksschule, die allen gleiche Startchancen bietet
- › Tiefe Jugendarbeitslosigkeit dank praxisorientierter Berufsbildung
- › Weltweit führende Hochschulen und Forschungsinstitute
- › Stabile Finanzierung für Bildung, Forschung und Innovation
- › Steuerabzug für Aus- und Weiterbildungskosten
- › Eine aktive Unterstützung der Fachkräfteinitiative durch Förderung der MINT-Bereiche
- › Angleichung der Schulsysteme, gemeinsame Bildungsziele und Leistungsstandards
- › Die Aufwertung des Erlernens von Landessprachen, um den nationalen Zusammenhalt zu stärken
- › Übergangslösung für den Anschluss an EU-Forschungsprogramm Horizon 2020

Bürokratie

Bürokratie abbauen – wir kämpfen täglich für die Freiheit der Lebensgestaltung

Absurde Bürokratie mit einer Flut von Paragrafen und Verboten schränkt unsere Freiheit ein. Lebensgestaltung, Eigeninitiative und Unternehmertum werden im Alltag behindert. Wir wollen einfache Regeln sowie transparente und einfache Verfahren. Im Zuge des technologischen Fortschritts soll im Umgang mit der Verwaltung das Prinzip des One-Stop-Shop wie auch des E-Governments konsequent angewendet werden. Unnötige Verbote, Bevormundung, Bürokratie und die Beschwerdeflut sind uns ein Dorn im Auge. Statt immer neue Gesetze einzuführen, sollten die bestehenden Gesetze konsequent durchgesetzt werden. Wo ein neues Gesetz nötig ist, sollen vorgängig die Regulierungskosten eruiert werden.

Externe Herausforderungen

- › Die Gesellschaft tendiert zu immer mehr staatlicher Kontrolle statt Eigenverantwortung.
- › Staat als Erzieher mit zunehmenden Eingriffen ins Privat- und Wirtschaftsleben der Bürgerinnen und Bürger – z.B. bei Finanzen, Erziehung, Lebensgestaltung und Gesundheit.
- › Zunehmende Zentralisierung der Vorschriften bei der Lösung von echten oder scheinbaren Problemen; Aufweichung des Föderalismus.
- › Heikle Balance bei Überwachung und Datenschutz zwischen Anspruch auf Sicherheit und Schutz der Privatsphäre.
- › Überregulierung von Entwicklungen, die sich in der Gesellschaft noch nicht etablieren konnten, bspw. die Forderungen nach Gesetzen und Verboten von künstlicher Intelligenz.
- › Insbesondere nach der Corona-Pandemie werden agile und dynamische Arbeitsformen unabdingbar.

Unsere Forderungen

Absurde Bürokratie bekämpfen

- › Kultur der Eigenverantwortung und gesundem Menschenverstand statt der Überregulierung in jedem Lebensbereich (Zum Beispiel Zuckersteuer).
- › Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger mit verständlichen, einfachen und effizienten Gesetzen wahren.
- › Unbürokratische, konsequente und rasche Anwendung der Gesetze durch Verwaltung und Gerichte. Hierfür gilt es das Prozessrecht weiterhin laienfreundlich auszugestalten.

Entlastung für Unternehmen:

- › Einfachere Lohnadministration, Liberalisierung der Arbeitszeiterfassung und –Vorschriften, die den Bedürfnissen der agilen Gesellschaft gerecht werden.
- › Selbstständigkeit und Unternehmertum fördern, statt mit Formalitäten erdrücken (insbesondere Erleichterung von Unternehmensgründungen, neuer Status für Selbständige in Plattform-Beschäftigung, Anpassung der Besteuerungsregeln bei Start-up-Unternehmen).
- › Digitalisierung zugunsten der Firmen nutzen (insbesondere E-ID als Grundlage rasch einführen, E-Government-Dienstleistungen ausbauen).

- › Bürokratieabbau durch koordinierten Datenaustausch zwischen den staatlichen Aufsichtsbehörden (one-stop-shop).

Europas einfachstes Steuersystem:

- › Steuererklärung auf Bierdeckel (Swiss Easy Tax): Massive Vereinfachung des Steuersystems.
- › Einführung der Individualbesteuerung.
- › Europas tiefste und einfachste Mehrwertsteuer.

Entschlackung des Bundeshaushaltes

- › Ausgabenwachstum bremsen und daher staatliche Aufgaben regelmässig überprüfen.
- › Unabhängige Kontrollbehörde für Regulierungsfolgen und Regulierungsbremse für überteuerte Projekte.
- › Effiziente und einfache Verfahren im Parlamentsbetrieb und die Flut der Vorstösse bremsen.

Erfolge der FDP. Die Liberalen

- › Anpassungen des Arbeitsgesetzes an moderne Gegebenheiten ist im Gange.
- › Tiefe Bürokratie und optimale wirtschaftliche Rahmenbedingungen: Verschiedene erfolgreiche Vorstösse, um die Regulierungswut zu bremsen.
- › Zweiter Anlauf bei der elektronischen Identität (e-ID), wurde mittels unser Fraktionsmotion angestossen (Mo. [21.3129](#)).
- › Angenommener Vorstoss zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung dank Digitalisierung (Wahrung der Prinzipien: Datensparsamkeit und dezentrale Datenspeicherung).
- › Modernisierung der Zollverfahren; Abschaffung der Industriezölle.

Digitalisierung

Digitalisierung für unseren Wohlstand – Risiken managen statt Technologien verbieten

Die Digitalisierung und neue Technologien verändern unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft mit hoher Geschwindigkeit. Die FDP will, dass die Schweiz die Chancen der Digitalisierung mit Mut und Offenheit nutzt und unseren Wirtschaftsstandort damit stärkt. Dafür braucht es eine leistungsfähige Infrastruktur, optimale Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Digitalisierungsbranche sowie von früh auf gelernte digitale Kompetenzen. Unser Ziel ist es, die Schweiz zum wichtigsten Digitalisierungsstandort in Europa zu machen.

Externe Herausforderungen

- › Die Digitalisierung verändert in rasanter Geschwindigkeit Wirtschaft, Arbeitswelt und Gesellschaft und beeinflusst Strukturwandel sowie die wirtschaftliche Entwicklung.
- › Dienstleistungssektor nimmt zu und neue Technologien ermöglichen neue Geschäftsmodelle, Prozesse und Arbeitsplätze, sorgen aber auch für neue Herausforderungen.
- › Angesichts des internationalen Wettbewerbs muss die Schweiz bei technologischen Innovationen an der Spitze bleiben und das Potenzial der Digitalisierung nutzen, um den Standort Schweiz weiter zu stärken.
- › Die Covid-Pandemie hat das Potenzial der Digitalisierung aufgezeigt, aber auch Schwächen offengelegt. Insbesondere im Parlamentsbetrieb und in den Schulen stiess die digitale Infrastruktur an ihre Grenzen (unterschiedliche Ausstattung an den Schulen, ungleicher Zugang der Schüler zu IT-Infrastruktur).
- › Zunehmende Digitalisierung erhöht das Risiko von Cyberkriminalität. In einer immer stärker vernetzten Welt sind Staat, Wirtschaft und Gesellschaft anfällig für Cyberangriffe. Cyberkriminalität schadet Wirtschaft und Gesellschaft und ist auch eine militärische Strategie.
- › Datenschutz ist zentral bei der Digitalisierung. Dank der Digitalisierung können Daten einfacher gespeichert und übertragen werden. Gleichzeitig braucht es Schutzmechanismen, damit diese Daten nicht in falsche Hände geraten.

Unsere Forderungen

Digitale Wirtschaft

- › Optimale Rahmenbedingungen schaffen, damit innovative Unternehmen nicht ins Ausland abwandern (Abbau von Handelshemmnissen).
- › Bürokratie und Vorschriften bekämpfen, die innovative Ideen bremsen.
- › Unkomplizierter Umgang mit Verwaltung, insbesondere dank dem Ausbau des E-Governments (beispielsweise Digitalisierung in den Bereichen: Notariat, Unternehmensgründung, Unterschriften, Anmeldeverfahren).

Digitale Bildung

- › Das Bildungssystem muss Kindern und Jugendlichen digitale Kompetenzen vermitteln, damit sie in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft und Arbeitswelt bestehen können.
- › Förderung von digitalen Kompetenzen in Bildung und Forschung und Anpassung des Bildungssystems an die Anforderungen der Digitalisierung.
- › Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz nutzen. Bildungssystem entsprechend anpassen.

- › Förderung der virtuellen Mobilität, deren Potenzial, während der Covid-Pandemie offensichtlich wurde.
- › Die Schweiz zum wichtigsten Digitalisierungsstandort in Europa machen.

Digitale Infrastruktur

- › Infrastruktur an die Digitalisierung anpassen. Dies geschieht insbesondere durch ein leistungsfähige 5G-Netz.
- › Schutz der digitalen und kritischen Infrastruktur mit einer Meldepflicht bei Cyberangriffen.
- › Zuverlässige Datensicherung für den Wirtschaftsstandort.

Digitales Gesundheitswesen

- › Digitalisierung im Gesundheitswesen beschleunigen.
- › Elektronisches Patientendossier als Standard.

Erfolge der FDP.Die Liberalen

- › Fraktionsmotion [20.3237](#): Mobilfunknetz. Die Rahmenbedingungen für einen raschen Aufbau jetzt schaffen.
- › Motion [21.3180](#) von Nationalrat Andri Silberschmid: Vollständig digitale Unternehmensgründung sicherstellen.
- › Motion [21.4374](#) von Nationalrat Andri Silberschmid: Einführung einer digitalen Patientenadministration.
- › Motion [21.4373](#) von Nationalrat Andri Silberschmid: Einführung eines eindeutigen Patientenidentifikators.
- › Massgebende Mitwirkung mittels Fraktionsmotion für die Einführung einer E-ID.
- › Initiierung und Förderung von digitalen Gesetzesprojekten, beispielsweise beim Gesetz über Digitalisierung im Notariat und Effizienzsteigerung durch Digitalisierung in der Verwaltung.

Energiepolitik

Nachhaltige Energiepolitik

In der Energiepolitik muss die Versorgungssicherheit der Menschen und Unternehmen absolute Priorität haben. Es braucht einen grossen Zubau und eine Verstärkung der Netze. Gleichzeitig muss die Energienutzung und Stromproduktion möglichst CO₂-neutral erfolgen. Dies kann nur dann effizient und ökologisch gelingen, wenn die Energieversorgung der Schweiz so marktwirtschaftlich wie möglich gewährleistet wird. FDP.Die Liberalen setzt auf verlässliche Rahmenbedingungen und Deregulierungen statt auf neue Steuern und Subventionen. Es braucht eine Abkehr von Fördersystemen hin zu flexiblen, marktnahen und international geregelten Lösungen, die den Wettbewerb fördern.

Externe Herausforderungen

- › Hoher zusätzlicher Stromverbrauch, da fossile Energieträger bei Fahrzeugen und Heizungen substituiert werden müssen und der technische Fortschritt elektrisch läuft. Man denke an Roboter oder Datenverarbeitung durch künstliche Intelligenz.
- › Ruf nach Subventionen, Staatsinterventionen und Marktabschottung nimmt zu.
- › Forderungen nach erneuerbaren Energien konkurrenzieren mit Natur- und Denkmalschutz.
- › Zugang zum europäischen Strommarkt ist blockiert: Verzögerung bei der vollständigen Strommarktöffnung und beim Abschluss des Stromabkommens mit der EU.
- › Einschneidende Veränderungen im europäischen Strommarkt: Absehbare Versorgungsschwierigkeiten in Wintermonaten.
- › Zunehmende Netzbelastungen durch dezentralere Stromproduktion.

Unsere Forderungen

Bestehende Potenziale nutzen

- › Energetische Sanierung des Gebäudeparks durch Energieeffizienzstandards und steuerliche Anreize.
- › Wirkung und Ausschöpfung des Gebäudeprogrammes verbessern.
- › Beschleunigte Verbreitung von intelligenten Steuerungs- und Messinstrumenten (Smart Meters).
- › Effizienzverbesserung bei Fahrzeugen durch CO₂-Grenzwerte gemäss europäischen Standards.

Marktnahe Gestaltung der Energiepreise

- › Abschaffung der Subventionen durch die KEV und Einmalvergütungen sicherstellen.
- › Ausweitung der Zielvereinbarungssysteme für mehr Energieeffizienz und CO₂-Reduktion.
- › Einführung eines flexiblen und marktnahen Wasserzinsmodells.
- › Vollständige Liberalisierung des Messwesens.
- › Implementierung eines technologieneutralen, marktnahen Modells für den Strommarkt.

Versorgungssicherheit der Schweiz gewährleisten

- › Definition der Versorgungssicherheit und der Zuständigkeiten der verschiedenen Akteure.
- › Einfachere Zulassungsverfahren und Ausnutzen der Möglichkeiten in der Schweiz.
- › Vollständige Strommarktöffnung (Wahlfreiheit für Konsumenten und KMU).

- › Vorteilhafte Integration der Schweiz in den Energiebinnenmarkt der EU.

Fortschritt ermöglichen

- › Weder Technologieverbote noch Technologiegebote.
- › Ausbau der bestehenden und Erforschung neuartiger Stromproduktions- und Speichertechnologien.
- › Aus- und Umbau der intelligenten Stromnetzinfrastruktur und Sicherstellung der Netzstabilität.

Erfolge der FDP.Die Liberalen

- › Erfolgreiche Abschaffung / Befristung von Subventionen im Energiebereich.
- › Einführung von steuerlichen Anreizen zugunsten energetischer Gebäudesanierungen.
- › Beschleunigung des Um- und Ausbaus der Stromnetze.

Familien- und Gesellschaftspolitik

Freiheitliche Familien- und Gesellschaftspolitik – aktuellen Bedürfnissen gerecht werden

Frauen und Männer sollen in unserer liberalen Gesellschaft ihr Leben frei und eigenverantwortlich im Rahmen der gemeinschaftlichen Regeln gestalten können. Chancengleichheit für alle am Start und Freiraum für Neues: So können die Menschen das eigene Potenzial nutzen und ihren Beitrag zur Entwicklung der Schweiz leisten. Chancengleichheit ist der Grundstein für eine liberale Familien- und Gesellschaftspolitik. Für eine freie Wahl des Familienmodells und der Kinderbetreuung braucht es entsprechende Rahmenbedingungen. Damit die Bevölkerung in der Schweiz in Zukunft auch eigenverantwortlich über ihr Rentenalter entscheiden kann, braucht es neben einem flexiblen Referenzalter auch eine nachhaltige Finanzierung der Altersvorsorge.

Externe Herausforderungen

- › Zunehmende Belastung für Familien und den Mittelstand durch Steuern, Abgaben und Vorschriften
- › Wiedereinstieg für Frauen nach der Kinderpause
- › Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- › Wiedereinstieg der Generation 50+ bei Arbeitsverlust
- › Anhaltender Fachkräftemangel, unter anderem wegen freiwilligen tieferen Arbeitspensen.
- › Demografische Veränderung der Gesellschaft. Die Bevölkerung wird älter und bleibt länger gesund. Babyboomer-Generation geht in Pension und belastet die Sozialwerke.

Unsere Forderungen

Keine Ungleichbehandlung von bestimmten Lebens- und/oder Familienmodellen:

- › Heiratsstrafe abschaffen und Individualbesteuerung einführen.
- › Zugang zu Mitteln der Fortpflanzungsmedizin für gleichgeschlechtliche Paare.
- › Liberalisierung von Lebensgemeinschaften: Einen PACS einführen und Beziehungsform zwischen Konkubinat und Ehe gesetzlich verankern.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Freizeit für beide Elternteile verbessern:

- › Flexible Elternzeit einführen (16-wöchiger Elternurlaub: 8 Wochen reserviert für Mütter, der Rest zur freien Aufteilung unter den Elternteilen).
- › Ausübung des politischen Mandats während des Mutterschaftsurlaubs für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Politik.
- › Schaffung von genügend Betreuungsmöglichkeiten durch Kantone und Gemeinden (Objektfinanzierung: Tagesstrukturen wie z.B. Tagesschulen, Mittagstische, Aufgabenhilfe oder Randstundenbetreuung).
- › Neue Ansätze für die Kinderbetreuung: Steuerabzüge für die externe Kinderbetreuung sollen für Unternehmen Anreize schaffen, Betreuungsmöglichkeiten anzubieten.
- › Förderung von privaten Kitas in Kantonen, in denen Kitas mehrheitlich oder ausschliesslich staatlich sind. Gleich lange Spiesse für private und staatliche Kitas. Weniger Bürokratie und mehr Freiraum für eigenverantwortliche Lösungen.

- › Förderung von Management-Kompetenzen in der Berufsbildung des Kita-Personals.
- › Förderung von flexibleren Arbeitsmodellen wie Teilzeitstellen, Job-Sharing und Homeoffice durch Abbau regulatorischer Hürden.

Erfolge der FDP.Die Liberalen

- › Annahme der parlamentarischen Initiative [20.455](#) von Nationalrätin Christa Markwalder für die steuerliche Entlastung für familienexterne Kinderbetreuung von bis zu 25'000 Franken.
- › Einführung der Mutterschaftsentschädigung («Modell Triponez»)
- › Möglichkeit der Stiefkindadoption für in eingetragener Partnerschaft und in faktischer Lebensgemeinschaft lebende Partner
- › Beseitigung bürokratischer Hürden für den Bau und Betrieb von Kindertagesstätten
- › Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose – FDP passte Anspruchsgruppen an und vermied somit falsche Anreize im Gesetz.
- › Annahme der Motion [22.3235](#) von Ständerat Andrea Caroni: Zeitgemässes Abstammungsrecht
- › Motion [22.448](#) von Ständerat Andrea Caroni: «Einen Pacs für die Schweiz»
- › Einreichung der Volksinitiative für die Einführung der Individualbesteuerung

Finanz- und Steuerpolitik

Weniger Steuern, mehr Kaufkraft

Wir kämpfen für die tiefsten und einfachsten Steuern Europas. Jedes zusätzliche Steuerprozent vermindert die persönliche Freiheit, die Kaufkraft und die Wettbewerbsfähigkeit. Die FDP fordert deshalb eine moderate und einfache Einkommenssteuer sowie eine niedrige und simple Unternehmenssteuer. Ein attraktives Steuersystem fördert das Unternehmertum. Das wichtigste Führungsinstrument in der Finanzpolitik ist die Schuldenbremse. Es braucht ausgeglichene Bundesfinanzen, damit auch künftige Generationen ihre Herausforderungen bewältigen können.

Externe Herausforderungen

- › Dauernd steigende Aufgaben und Ausgaben führen zu Steuererhöhungen sowie neuen Gebühren und Abgaben für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen.
- › Internationaler Druck von OECD (BEBS) und EU auf das schweizerische Steuerregime und damit auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen.
- › Überregulierung und staatliche Eingriffe in die Privatsphäre und das Unternehmertum.
- › Steigende Verschuldung (Zum Beispiel aufgrund der Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie)
- › Der Anteil der gebundenen Ausgaben steigt stetig und grosse Investitionsprojekte sind bereits beschlossen oder stehen an.
- › Populistische Forderungen, die die Unabhängigkeit der Nationalbank in Frage stellen.

Unsere Forderungen

Einfache und angemessene Steuern für Bürgerinnen und Bürgern:

- › Europaweit einfachste Einkommenssteuer.
- › Individualbesteuerung für jeden auf Basis seines Einkommens.
- › Keine Kapitalgewinnsteuer und keine noch höhere Belastung auf hohem Einkommen und Vermögen.
- › Einfachste und europaweit tiefste Mehrwertsteuer.

Tiefe und einfache Steuern für Unternehmen:

- › Reform der Verrechnungssteuer, damit die Unternehmensfinanzierung in der Schweiz wieder attraktiv wird.
- › Gestaffelte Abschaffung von Emissionsabgaben auf Eigenkapital, Versicherungsstempel und Umsatzabgabe.

Einen schlanken und starken Staat:

- › Keine unnötigen Regulierungen und staatlichen Eingriffe.
- › Bundesausgaben müssen konsequent und laufend überprüft werden.
- › Die ausserordentlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie müssen so schnell wie möglich amortisiert werden, damit sie nicht zulasten künftiger Generationen gehen.
- › Finanzdisziplin und Schuldenbremse einhalten, damit der Bund über einen finanzpolitischen Spielraum verfügt, der die Handlungsfähigkeit nicht einschränkt.

- › Strukturreformen statt kurzfristiger Konjunkturprogramme.

Erfolge der FDP.Die Liberalen

- › Ablehnung der Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative)
- › Annahme der parlamentarischen Initiative [20.455](#) von Nationalrätin Christa Markwalder zur Erhöhung des Abzugs für Kinderbetreuungskosten durch Dritte auf 25'000 Franken.
- › Erfolgreiche Einreichung der Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung.
- › Einführung und Beibehaltung der Schuldenbremse trotz Bestrebungen sie zu schwächen.

Gesundheitspolitik

Qualitätswettbewerb für eine gesunde Schweiz

Das Schweizer Gesundheitswesen bietet eine umfassende Leistungspalette und die Zufriedenheit der Bevölkerung ist hoch. Lebenserwartung und -qualität steigen kontinuierlich. Im Unterschied zum Ausland ist unser Gesundheitssystem schuldenfrei. Jede Patientin und jeder Patient hat Zugang zu modernsten medizinischen Behandlungen. Dies hat aber seinen Preis. Der regulierte Wettbewerb muss die Qualität erhöhen und den Kostenanstieg dämpfen. Indem heutige Fehlanreize abgebaut werden, sollen künftig Leistungserbringer belohnt werden, welche Patienten möglichst effizient behandeln. Die FDP will ein hochwertiges Gesundheitswesen, in welchem die Wahlfreiheit gewährleistet ist. Seine Finanzierung muss nachhaltig sein und alle Akteure müssen ihre Verantwortung übernehmen.

Externe Herausforderungen

- › Wachsender Anteil der älteren Bevölkerung und steigende Kosten.
- › Mengenausweitung durch Leistungserbringer und grenzenlose Anspruchshaltung gewisser Patienten.
- › Zunehmende planwirtschaftliche Tendenzen der Behörden.
- › Ein willkommener medizinischer Fortschritt, der aber seine Kosten hat.
- › Resilienz: Medikamentenversorgung, Fachkräftemangel, Zugang zu Innovation

Unsere Forderungen

Qualitätswettbewerb statt Planwirtschaft

- › Mehr Wettbewerb zwischen den Leistungserbringern, welcher sich am Preis, dem Kosten/Nutzen-Verhältnis und an der Qualität orientiert.
- › Wahlfreiheit für Patienten und Kunden dank Qualitätsrankings und einer Vielfalt an Versicherungs- und Versorgungsmodellen.
- › Rückstand bei der Digitalisierung endlich aufholen.
- › Konzentration von teuren und hochspezialisierten Angeboten, um mittels ausreichender Fallzahlen und hoher Qualität effektivere und insgesamt kostengünstigere Lösungen zu erreichen .
- › Keine weitere Verstaatlichung des Gesundheitswesens.
- › Versicherungsmodell «Easy Santé»

Weniger Überkonsum dank mehr Eigenverantwortung

- › Erhöhung des Handlungsspielraums für alternative Versicherungsmodelle (AVM), welche die Wahlfreiheit der Patienten erhöhen (Anpassung des Leistungskataloges, Mehrjahresverträge, Versorgungsnetze, wählbare Franchisen, mehr Flexibilität bei der Prämiengestaltung).
- › Bonus statt Malus: Prämienrabatte für Patienten, die eigenverantwortlich handeln und günstigere Anbieter wählen im Rahmen von alternativen Versicherungsmodellen (in Form von individuellen Rabatten bei den Prämien oder Franchisen).
- › Förderung von Prävention, welche die richtigen Anreize für gesundheitsbewusstes Verhalten setzt.
- › Keine Aufhebung des Krankenkassen-Obligatoriums samt Prämienverbilligungen für wirtschaftlich Bedürftige. Optimierung des heutigen Systems statt Einführung eines Giesskannen-Systems.

- › Regelmässige Anpassung der Franchisen an die Kostenentwicklung.

Innovation entfesseln – fehlgeleitete Anreize korrigieren:

- › Raschen Zugang zur modernsten Medizin für alle sichern. Innovation statt Rationierung.
- › Weniger Bürokratie und Doppelspurigkeiten – dafür mehr Transparenz, Effizienz und Forschungsmöglichkeiten dank echter Digitalisierung im Gesundheitswesen.
- › Entflechtung der Mehrfachrolle der Kantone: Konzentration auf Regelung und Durchsetzung.
- › Transparente und einheitliche Finanzierungsflüsse in der ambulanten und stationären Medizin (EFAS).
- › Die Vertragspartner und die Aufsichtsbehörde sorgen dafür, dass die Tarife regelmässig angepasst werden und das künstliche Aufblähen des Leistungsvolumens bekämpft wird.
- › Schaffung von Anreizen im System zur Intensivierung und Attraktivitätssteigerung der Ausbildung des medizinischen und pflegerischen Personals.
- › Das richtige Personal am richtigen Ort.

Erfolge der FDP.Die Liberalen

- › Klares Ja bei der Abstimmung über die Widerspruchslösung im Transplantationsgesetz.
- › EFAS ist entscheidend vorwärtsgekommen
- › Verhältnismässig wenige Einschränkungen während der Covid-Pandemie
- › Angenommene Vorstösse:
 - › Motion [21.4374](#) Nationalrat Andri Silberschmidt: Einführung einer digitalen Patientenadministration
 - › Motion [21.4373](#) Nationalrat Andri Silberschmidt: Einführung eines eindeutigen Patientenidentifikators
 - › Motion [20.3211](#) Ständerat Damian Müller: Für mehr Handlungsspielraum bei der Beschaffung von Medizinprodukten zur Versorgung der Schweizer Bevölkerung
 - › Motion [19.3703](#) Ständerat Josef Dittli: Medikamentenkosten. Es braucht Anpassungen beim Zulassungs- und Preisbildungssystem im Bereich der Grundversicherung
 - › Fraktionspostulat [22.4022](#): Potenzial von Digitalisierung und Datenmanagement im Gesundheitswesen nutzen. Die Schweiz braucht eine übergeordnete Digitalisierungsstrategie!

Infrastruktur

Optimale Infrastruktur

Die Infrastrukturen der Schweiz gehören zu den am besten ausgebauten weltweit. Sie sind das Fundament einer gesunden Wirtschaft und einer gut funktionierenden Gesellschaft. Aber sie geraten vermehrt an ihre Kapazitätsgrenzen. Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsinfrastrukturen sind darum auf Spitzenniveau zu erhalten, effizienter zu nutzen und wo nötig auszubauen. Wir brauchen vernetzte Lösungen zwischen allen Verkehrsträgern und der Raumplanung.

Externe Herausforderungen

- › Wachsende Pendlerströme, überfüllte Züge und verstopfte Strassen zu Stosszeiten und zwischen den Zentren, aber unterdurchschnittliche Gesamtauslastung des öffentlichen Verkehrs.
- › Zu wenig Kapazität auf den Landesflughäfen.
- › Verdrängung des Güterverkehrs durch den Personenverkehr.
- › Steigender Finanzierungsbedarf für Neubau, Ausbau und Unterhalt der Verkehrsinfrastrukturen.
- › Durch die wachsende Anzahl von Elektrofahrzeugen sinken die Einnahmen der Fonds NAF und BIF, was die langfristige Finanzierung des Bahn- und Strassennetzes gefährdet.
- › Hohe regulatorische Hürden und gesellschaftlicher Widerstand behindern die rasche Erneuerung und den Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur.
- › Knappe Landressourcen: Wohnungsknappheit in den Zentren, Ausbreitung der Agglomerationen, Kulturraumverlust in den ländlichen Gebieten.

Unsere Forderungen

Bahn:

- › Verbesserung des Netzes im ganzen Land (Kapazität und Geschwindigkeit) zur Schaffung eines Bahnverkehrskreuzes Schweiz und einem Ausbau der Anschlüsse an die Netze der Nachbarländer.
- › Engpässe durch Kapazitätserweiterungen beseitigen und – wo möglich – Verdichtung des Angebots (v.a. West-Ost-Achse).

Strasse:

- › Optimalere Nutzung der Verkehrsflächen durch alle Verkehrsträger zugunsten der Verflüssigung und Verkehrssicherheit (Gesamtkonzept im Strassenverkehr inkl. Langsamverkehr).
- › Beseitigung der Engpässe durch Kapazitätserweiterungen oder Neubauten sowie bessere Abstimmung zwischen Kantons- und Nationalstrassen.
- › Schaffung der regulatorischen Voraussetzung für autonomes Fahren.

Luftfahrt:

- › Betriebszeiten der Landesflughäfen optimieren und Geschäfts- sowie Privatfliegerei auf Regionalflugplätzen stärken.
- › Ausbau von Regionalflugplätzen unter Berücksichtigung einer wachsenden Nachfrage.
- › Überregulierung vermeiden und das Potenzial neuer Technologien nutzen, zum Beispiel Drohnen in der Logistik.

Telekommunikation:

- › Aktive Bekämpfung von Falschinformationen und Verschwörungstheorien, die den Ausbau des Mobilfunknetzes blockieren. Der Bund muss entsprechende Informationskampagnen durchführen.
- › 5G umsetzen: Bessere Rahmenbedingungen für den Netzausbau und Fristvorgaben für die Bewilligungsbehörden.
- › Vermeidung langwieriger Rechtsverfahren und Behördeninterventionen, die die Entwicklung der Telekommunikation bremsen.
- › Bereits heute den Übergang zu 6G vorbereiten und sich aktiv an internationalen Forschungsk Kooperationen beteiligen und frühzeitig rechtliche Grundlagen festlegen.
- › Ausbau des Glasfasernetzes vorantreiben, um dem steigenden Datenvolumen im Mobilfunk gerecht zu werden, da sich die beiden Technologien ergänzen.

Raumplanung:

- › Absolute Stellung des Heimat- und Denkmalschutzes überdenken.
- › Nachfragegerechter Wohnungsbau durch Abbau oder Vereinfachung baulicher Vorschriften.
- › Staatlich geförderte Wohnungen nur für wirklich bedürftige Personen.

Erfolge der FDP.Die Liberalen

- › Ermöglichung von Rechtsvorbeifahren auf Nationalstrassen.
- › Flexible Regulierung des automatisierten und autonomen Fahrens.
- › Fraktionsmotion [20.3237](#): Mobilfunknetz. Die Rahmenbedingungen für einen raschen Aufbau jetzt schaffen.
- › Motion [20.3221](#) Ständerat Josef Dittli: Durch Automation Güter auf der Schiene effizienter transportieren.

Innere Sicherheit

Keine Freiheit ohne innere Sicherheit

Mit der tiefsten Kriminalitätsrate Europas galt die Schweiz lange als Vorbild in Sachen Sicherheitspolitik. Die Situation hat sich in den letzten Jahren verändert. Straftaten insbesondere in den Städten erreichen Spitzenwerte und besonders die Grenzkantone leiden unter Kriminaltourismus. Den Sicherheitsbedürfnissen unserer Gesellschaft ist oberste Priorität einzuräumen. Die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung ist und bleibt Kernaufgabe des Staates. Sie kann nicht Dritten übertragen werden.

Externe Herausforderungen

- › Besorgniserregende Kriminalitätsraten
- › Zunehmender Kriminaltourismus
- › Benutzung neuer Technologien und Interaktionsmöglichkeiten zur Begehung von Straftaten (Cyberkriminalität)
- › Überlastung der Strafvollzugsinstitutionen
- › Durchsetzung religiöser Ansichten

Unsere Forderungen

Gewährleistung der Sicherheit im öffentlichen Raum

- › Optimierung der personellen und finanziellen Ressourcen zur Gewährleistung der Sicherheit
- › Verwendung von Videoüberwachung an gefährlichen Orten
- › Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Gemeinden, Kantone und des Bundes (einschliesslich das Grenzwachtkorps) sowie mit den ausländischen Behörden

Gesetzesrevisionen und Vollzugsverbesserungen

- › Erfolgreicher Abschluss der Revision des Sanktionenrechts im Strafgesetzbuch
- › Anpassung des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs und der Strafprozessordnung an die technische Entwicklung mit dem Ziel, nicht mehr, sondern besser überwachen zu können
- › Identitätsdiebstahl im Internet strafbar machen
- › Zur Entlastung der Gefängnisse und Reduktion der Vollzugskosten sind ausländische Häftlinge vermehrt zur Strafverbüsung in ihre Heimat zu überstellen

Erfolge der FDP.Die Liberalen

- › Wesentliche FDP-Forderungen in Bezug auf das Strafgesetzbuch wurden bei der laufenden Revision berücksichtigt, wie zum Beispiel die Wiedereinführung von kurzen Freiheitsstrafen
- › Einführung gerichtlicher Verfahren gegen vorbestrafte Täter und Kleinkriminelle
- › Der Schutz der Privatsphäre, insbesondere mit der Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre»

- › Federführung in den Kantonen bei Umsetzung von Integrationsvereinbarungen oder bei der Zusammenarbeit von Gemeinden und Sportclubs zur Bekämpfung des Hooliganismus
- › Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT): Künftig kann die Polizei präventiv eingreifen, wenn es konkrete Hinweise gibt, dass von einer Person Terror-Gefahr ausgeht. Die FDP spielte mit der zuständigen Bundesrätin Karin Keller-Sutter und dem Engagement der Partei eine zentrale Rolle in den Parlamentsdebatten und bei der erfolgreichen Referendumsabstimmung.

Migrationspolitik

Für eine harte, aber faire Migrationspolitik

Die Migrationspolitik steht vor zahlreichen Herausforderungen wie zum Beispiel dem Krieg in der Ukraine. Die Schweiz soll im Asylbereich jenen Schutz gewähren, denen im Sinne der Asylgesetzgebung und der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 auch Schutz zusteht. Damit jene, die Anspruch auf Schutz haben, diesen auch erhalten, braucht es einen effektiven Vollzug des Asylgesetzes. Die FDP steht für eine harte, aber faire Migrationspolitik, die der langjährigen humanitären Tradition der Schweiz Rechnung trägt. Für den Arbeitsmarkt und die Unternehmen in der Schweiz ist der Erhalt der Personenfreizügigkeit mit den EU- und EFTA-Staaten und daraus folgend eine stabile Beziehung mit der EU essenziell. Wichtiger Bestandteil davon ist die unkomplizierte Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit innerhalb von Europa. Aufgrund des anhaltenden Fachkräftemangels ist es zudem wichtiger denn je, dass die Schweiz mittels der optimalen Ausschöpfung der Drittstaaten-Kontingente auch in Zukunft auf qualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten zählen kann. Statt gegen jegliche Zuwanderung zu sein und eine unhaltbare Angst vor Fremden zu schnüren, setzt die FDP auf pointierte und konkrete Lösungsvorschläge.

Externe Herausforderungen

Kurzfristige Herausforderungen

- › Wiederkehrende innenpolitische Angriffe auf die Bilateralen und die Schengen-Dublin Vereinbarungen.
- › Beträchtliche irreguläre Migration aus Drittstaaten und wachsender Migrationsdruck aufgrund verschiedener Faktoren wie: fehlender ökonomischen Perspektiven vor Ort, beträchtlichem Bevölkerungswachstum, zunehmenden sozialen Spannungen, humanitäre Katastrophen, etc.
- › Mangelhafter Vollzug der Asylgesetzgebung mit Belastungen des Asylsystems durch Wirtschaftsflüchtlinge.
- › Unvorhersehbare Migrationsströme, welche das Migrationssystem kurzfristig überfordern.
- › Mangel an inländischen Fachkräften.

Langfristige Herausforderungen

- › Permanenter Anstieg der Anzahl an vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen.
- › Stetig steigender Migrationsdruck angesichts Klimawandel, wachsendem Nord-Süd-Gefälle, entfachte Bürgerkriege in Afrika oder Naher/Mittlerer Osten und erhöhte soziale Spannung aufgrund des Wohlstandsgefälles.
- › Fehlende Integration von Ausländer führt zu einer Verringerung der Akzeptanz der Aufnahme von schutzbedürftigen Ausländern in der Schweiz und dem Asylsystem als Ganzes.
- › Zunahme der Kosten im Asylbereich für den Bund und eine Überwälzung finanzieller Lasten an die Kantone und die Gemeinden.
- › Anstieg der Anzahl von Staaten, die abgewiesene Asylbewerber nicht zurücknehmen.

Unsere Forderungen

EU/EFTA: Bilaterale sichern und Missbräuche bekämpfen

- › Den bilateralen Weg zu sichern, um die Personenfreizügigkeit und die Wirtschaftsfreiheit in der EU ohne Diskriminierung zu gewährleisten. Diese institutionellen Beziehungen müssen aufrechterhalten und ausgebaut werden, da sie die Grundlage für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand bilden.

- › Dublin-Überstellungen konsequent anwenden. Asylsuchende, die bereits in einem anderen Dublin-Staat einen Asylantrag gestellt haben, müssen zurückgeschickt werden. Keine Akzeptanz gegenüber Staaten, die das System einstellen und somit die Stabilität der anderen Asylsysteme gefährden.
- › Absolute und konsequente Beschränkung der Flüchtlingsaufnahme auf Menschen, die effektiv eine Flüchtlingseigenschaft im Sinne der Gesetzgebung und der Flüchtlingskonvention aufweisen.
- › Aktive Beteiligung an internationalen und europäischen Verhandlungen, um insbesondere das Schengen-Dublin-System zu reformieren. Die Schweiz muss in Zusammenarbeit mit anderen Staaten dazu beitragen, den Schutz der Aussengrenzen zu gewährleisten und grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen.

Drittstaaten: Familiennachzug begrenzen und Integrationsanforderungen stärken

- › Das derzeitige Kontingentierungssystem soll reformiert werden, um den Bedürfnissen der Schweizer Wirtschaft und spezifisch der Jungunternehmen besser gerecht zu werden. Die Zulassungserleichterung für Drittstaatsangehörige mit Schweizer Hochschulabschluss ist hierfür ein erster Schritt.
- › Unterbindung der Einwanderung in die Sozialsysteme mittels konsequenten Vollzugs des Ausländerrechts. Ziel ist eine reibungslose Integration, was das Beherrschen einer Landessprache und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt einschliesst.
- › Begrenzung des Familiennachzugs durch strenge Auflagen (Integrationsvereinbarungen, Sicherstellung der wirtschaftlichen Autonomie).

Asylbereich: Vollzug verbessern und den Rückkehrbereich fördern

- › Keine unkontrollierte Zuwanderung von Armuts- und Wirtschaftsflüchtlingen.
- › Dauerhafte Neuansiedlung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge (Resettlement-Programme) sollen nur bei möglichen Kapazitäten in der Schweiz bewilligt werden.
- › Nachgelagerte Reform des Schutzstatus S. Denjenigen, die Schutz benötigen, muss weiterhin schnell Schutz gewährt werden, aber der Schutzstatus wird weiterhin rückkehrorientiert ausgestaltet.
- › Die freiwillige Rückkehr gilt es in Zusammenarbeit mit der EU zu fördern. Es müssen laufend neue Rückübernahmeabkommen geschlossen und Sanktionen gegen unkooperative Herkunftsländer konsequent vollstreckt werden.
- › Alle Kantone sollen die Wegweisungsentscheide vollziehen, um eine Gleichbehandlung zwischen den abgewiesenen Asylbewerbern zu gewährleisten. Die Kantone, die Wegweisungsentscheide nicht vollziehen, sollen die vollen finanziellen Konsequenzen tragen.

Erfolge der FDP.Die Liberalen

- › Die FDP anerkennt die Herausforderungen. Sie übernimmt Verantwortung und stellt in diesem Zusammenhang berechnete Fragen und Forderungen, um die Akzeptanz des Asylsystems zu erhalten. Namentlich sind es die folgenden Vorstösse: Ip. Fluri [23.3922](#), Mo. de Quattro [23.3886](#), Ip. de Quattro [23.3885](#), Ip. de Quattro [23.3884](#), Ip. Gössi [23.3872](#), Mo. Bauer [23.3838](#), Po. Müller [23.3837](#), Ip. Gössi [23.3816](#) und Ip. Jauslin [23.3797](#).
- › In der Sommersession 2023 konnte der Ständerat (Mithilfe unserer Fraktionsmitglieder) weitere Belastungen und Ausweitungen des Asylsystems verhindern und sich unter anderem kritisch zur jetzigen Wiederaufnahme des Resettlement-Programms äussern (siehe [MM](#) vom 16.06.23).
- › SR Müller konnte in der Sommersession 2023 einen Hattrick landen. Drei seiner Vorstösse im Rückkehrbereich hat der Ständerat zugestimmt, namentlich: Mo. [23.3176](#), Mo. [23.3032](#) und Mo. [23.3031](#).
- › In den Kantonen wurden Vorstösse eingereicht, damit die verfügbaren Wegweisungen von Flüchtlingen, denen keinen Schutz zusteht, auch tatsächlich umgesetzt werden (siehe [MM](#) vom 11.02.23).

Sicherheitspolitik

Für eine langfristig sichere Schweiz

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert eine Zäsur: Die Renaissance der Machtpolitik ist nun definitiv auch in Europa angekommen. Dies hat Konsequenzen für die Schweizer Sicherheitspolitik. Diese muss an neue Realitäten angepasst werden. Denn die Sicherheit gehört zu den Grundvoraussetzungen für die Freiheit und für einen prosperierenden Lebens- und Wirtschaftsraum. Für die FDP ist klar, dass die Verteidigungspolitik auf die neuen Bedrohungen fokussiert, das Fähigkeitsbündel und der Eigenleistungsanteil deutlich erhöht, die Verteidigungskooperation verstärkt sowie die Resilienz der Versorgung sichergestellt, werden müssen. Der Spielraum der Neutralität soll hierbei genutzt werden. Der rechtliche Kern aber erhalten bleiben. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung steht zu einer starken, gut ausgebildeten und ausgerüsteten Milizarmee.

Externe Herausforderungen

- › Sicherheitslage Europa: Das Ende der Geschichte ist nicht eingetreten. Krieg wird mitten in Europa als Machtmittel eingesetzt. Das führt zu mehr Unsicherheit, potenziell mehr Migration und hat negative wirtschaftliche Folgen.
- › Vernachlässigte Sicherheitspolitik seit dem Fall der Berliner Mauer – finanziell und in Bezug auf die Einsatzfähigkeit der Armee. Nun gilt es innert kurzer Frist den Verfassungsauftrag, die Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes zu wahren (Art. 2 BV), vollumfänglich zu erfüllen.
- › Internationale Instabilität: Wir stehen mitten in einer globalen Auseinandersetzung der Wertesysteme, mit noch unabsehbaren Folgen und Konsequenzen für das internationale System. Was aber heute schon klar ist: es gilt unsere Werte und Interessen in einer instabileren Welt zu verteidigen.
- › Ausweitung der Operationsräume: Mit dem Cyberraum eröffnet sich neben den Räumen Luft, Boden, Wasser, Weltall ein neuer Konfliktraum, in welchem die Sicherheit von Staat, und Gesellschaft bedroht ist.

Unsere Forderungen

Verteidigungspolitik

- › Sicherheitspolitische Risiken klar benennen: Russlands Aggressionspolitik bedroht Europa und die Grundlage unserer demokratischen Werte, die Rechtsstaatlichkeit und das Völkerrecht.
- › Bessere Antizipation und Bewältigung von Krisen: Frühzeitige Informationen von den Nachrichtendiensten sind unerlässlich. Das Krisenmanagement muss optimiert werden.
- › Die Schweizer Sicherheitspolitik muss sich auf neue Bedrohungen ausrichten und die Armee modernisieren sowie ihre Fähigkeitslücken beheben. Der Sollbestand muss auf 120'000 Armeeangehörige erhöht werden.
- › Erhöhung der Mittel durchsetzen: Das Armeebudget ist auf 7 Milliarden Franken zu erhöhen. Beschaffungsreife Rüstungsprojekte vorziehen und rein finanzgetriebene Ausserdienststellungen reevaluieren.
- › Militärische Kooperation mit der NATO ausbauen, da die Vorstellung einer autonomen Verteidigung überholt ist.
- › Technologisch spitze bleiben, um die rüstungspolitische Abhängigkeit der Schweiz vom Ausland zu reduzieren.

- › Bewaffnete Neutralität verteidigen und die Weitergabe von Kriegsmaterial unter bestimmten Bedingungen ermöglichen.

Bevölkerungs- und Zivilschutz

- › Bevölkerungs- und Zivilschutz stärken durch ausreichende und gezielte personelle und finanzielle Ressourcen.
- › Die Instandhaltung und der Zugang zu Notfallanlagen sowie die Information der Bevölkerung über die Anlagen muss wieder Priorität haben.

Internationales Engagement

- › Ein flexibles und modernes Verständnis der Neutralität, die der Sicherheit des Landes dient und deren rechtlicher Kern erhalten bleibt.
- › Bei eklatanten Verletzungen des Völkerrechts muss die Schweiz klar Position beziehen und die Sanktionen der UNO, der OSZE sowie ihrer wichtigsten Handelspartner solidarisch mittragen.
- › Das Engagement der Schweiz im Bereich der Friedensförderung in den multilateralen Gremien weiterführen und intensivieren. Die Kompetenzen der Schweiz im Bereich der Mediation und der Guten Diensten sollen sichtbar sein und ausgebaut werden.
- › Militärische Friedensförderung gezielt ausbauen, um die aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz zu stärken.

Technologie und Cybersicherheit

- › Cyber-Resilienz verbessern: Der Bund ist in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass seine eigenen, zivilen Systeme von Cyber-Angriffen geschützt sind.
- › Cyberfähigkeiten der Armee stärken: Die Cyberbedrohung hat einem vierten Möglichkeitsraum (Wasser, Land, Luft und Cyberraum) geschaffen, den es im Konfliktfall zu verteidigen gilt. **Versorgungssicherheit**
- › Vorratslagerung überprüfen, damit die Fehler aus der Covid-Pandemie nicht wiederholt werden als Bestände wie z. Bsp. Ethanol nicht ausreichend oder gar nicht zur Verfügung standen. .
- › Diversifikation der Handelspartner von kritischen Gütern und Dienstleistungen: In Krisenzeiten kann die Versorgungskette von kritischen Gütern und Dienstleistungen schnell unterbrochen werden. Das betrifft auch die Nahrungsmittelversorgung.
- › Energiesicherheit gewährleisten: Eine Strommangellage ist eine der bedeutendsten Bedrohungen für die Schweiz. Die FDP schlägt in der Resolution «[Weniger Polemik, mehr Strom](#)» konkrete Lösungen vor.
- › Krisenfeste Telekommunikationsnetze: Den Blaulichtorganisationen sowie deren Partner ist ein modernes Lagebildsystem zur Verfügung zu stellen.

Erfolge der FDP. Die Liberalen

- › Erfolgreiche Kampagne der FDP im Abstimmungskampf für neue Kampfflugzeuge. In der Sommersession 2022 wurde mit Unterstützung der FDP der Verpflichtungskredit von 9,3 Mrd. Franken für die Beschaffung der Kampfflugzeuge sowie eines neuen Luftabwehrsystems genehmigt.
- › Die FDP unterstützte die raschen Massnahmen nach Beginn der Aggressionen Russlands gegen die Ukraine im Februar 2022. Die erstmalige Aktivierung des Schutzstatus S ermöglichte eine rasche und humanitäre Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge.

Wirtschaftspolitik

Für Wohlstand und Unternehmertum in der Schweiz

Damit der Schweizer Wohlstand auch morgen Bestand hat, müssen liberale Prinzipien wegleitend sein: Eigenverantwortung anstatt staatlicher Bevormundung, Anreize statt Verbote, Marktwirtschaft anstelle staatlicher Eingriffe und mehr Freihandel dafür weniger Protektionismus. Dafür braucht es qualifizierte Arbeitskräfte und einen flexiblen Arbeitsmarkt, einen gesunden Staatshaushalt, Innovationsfähigkeit, internationale Offenheit, weniger Bürokratie, Rechtssicherheit und einen starken, aber schlanken Staat.

Externe Herausforderungen

- › Stockende Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zur Europäischen Union (EU).
- › Überregulierung und Angriffe auf die liberale Wirtschaftsordnung der Schweiz über diverse Volksinitiativen und parlamentarische Vorstösse.
- › Internationaler Druck auf attraktiven schweizerischen Steuerstandort für Unternehmen.
- › Gesellschaftlicher Wandel: neue Formen des Zusammenlebens, längere Lebensdauer der Bevölkerung, Wandel der Arbeitsmodelle und Arbeitsformen.
- › Internationale Entwicklungen (Russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine, höhere Energiepreise, Lieferkettenprobleme) verschärfen die strukturellen Probleme der Schweiz.
- › Zunehmende Abschottungspolitik wichtiger Handelspartner (zum Beispiel China und die USA operieren vermehrt mit Zöllen, um ihren Heimmarkt zu schützen).

Unsere Forderungen

Wirtschaftliche Dynamik und qualifizierte Arbeitskräfte sicherstellen

- › Digitalisierung zur Vereinfachung der administrativen Prozesse vorantreiben
- › Modernen Technologieeinsatz erleichtern, keine Technologieverbote auf Vorrat
- › Regulierungsbremse einführen und unabhängige Prüfstelle für Regulierungsfolgeabschätzungen schaffen
- › Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer einführen und Mehrwertsteuer im Geschäftsverkehr vereinfachen
- › Keine Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen
- › Unternehmertum fördern (Unternehmensgründungen erleichtern)
- › Zeitgemässes, flexibles Arbeitsrecht ohne unnötige Bürokratie und Überregulierung
- › Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern (Ausserfamiliäre Betreuungsstrukturen verbessern, flexible Elternzeit ermöglichen, Individualbesteuerung einführen)
- › Fehlanreize, die ältere Arbeitnehmer vom Arbeitsmarkt fernhalten, müssen beseitigt werden
- › Rekrutierung von Fachkräften aus Drittstaaten erleichtern.

Internationale Marktzugänge sichern und ausbauen

- › Wahrung der politischen Eigenständigkeit der Schweiz (kein EU- oder EWR-Beitritt sowie Autonomie in vitalen Bereichen)
- › Nachhaltige Sicherung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs

- › Kooperation mit der EU bei gegenseitigem Interesse, namentlich im Bereich der Forschung, Bildung, Sicherheit und Migration, Strom
- › Handelsbeziehungen ausbauen und diversifizieren (Freihandelsabkommen)

Ansprüche an den Staat reduzieren und Eigenverantwortung fördern

- › Finanzdisziplin wahren und Schuldenbremse einhalten
- › Bildung von Arbeitsbeschaffungsreserven steuerlich begünstigen
- › Eigenkapital- und Fremdfinanzierung gleichbehandeln
- › Die Nationalbank muss unabhängig bleiben
- › Geldpolitik darf nicht mit Sozial- und Umweltpolitik verknüpft werden

Erfolge der FDP.Die Liberalen

- › Anpassungen des Arbeitsgesetzes an moderne Gegebenheiten ist im Gange.
- › Tiefe Bürokratie und optimale wirtschaftliche Rahmenbedingungen: Verschiedene erfolgreiche Vorstösse, um die Regulierungswut zu bremsen.
- › Annahme der parlamentarischen Initiative [20.455](#) von Nationalrätin Christa Markwalder für die steuerliche Entlastung für familienexterne Kinderbetreuung von bis zu 25'000 Franken
- › Abschaffung der Industriezölle
- › Annahme des Freihandelsabkommens mit Indonesien
- › Ablehnung der Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative)
- › Erfolgreiche Einreichung der Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung